



Presseinformation

Nr. 334/2001

Kiel, 28. September 2001

Sperrfrist: Redebeginn

Es gilt das gesprochene Wort!

Lehrerbildung

Ekkehard Klug: Der Lehrerbildung droht Entprofessionalisierung

In der Landtagsdebatte zu **TOP 30** („Zukunft der Lehrerbildung“) erklärte der bildungspolitische Sprecher der FDP-Landtagsfraktion, **Dr. Ekkehard Klug**:

„Nachdem bereits für die Schüler nicht mehr die Qualität der Bildung gewährleistet wird, die sie eigentlich bräuchten, scheinen Gerechtigkeitsfanatiker jetzt auf den Gedanken zu kommen, auch Lehrer sollten nicht mehr die qualifizierte Bildung erhalten, die angesichts erhöhter Anforderungen erforderlich ist.“

Die Verschlechterung der Qualität des Lehramtsstudiums, ja die Entprofessionalisierung der Lehrerbildung sind heute reale Bedrohungen für ein leistungsfähiges Schulwesen.

Solche Tendenzen gibt es nicht nur in NRW, wo aufgrund eines Kommissionsbericht über die Abschaffung eigenständiger Lehramts-Studiengänge diskutiert wird.

Der Senat der Universität Flensburg hat am 12. September ein Papier beschlossen, das auf die Abschaffung einer differenzierten, schulartspezifischen Lehrerbildung hinausläuft.

Nach Vorstellungen der Flensburger Uni soll es künftig in einer einphasigen Lehrerausbildung nur noch zwei Lehrämter geben, eines mit Grundschulschwerpunkt für die Klassenstufen 1 bis 10 und eines für den Sekundarbereich, die Klassenstufen 5 – 13.

In keinem anderen akademischen Beruf käme man heute auf die Idee, die aus guten Gründen vollzogene Spezialisierung abzuschaffen. Dass es Fachärzte für spezielle Bereiche der Medizin gibt oder Rechtsanwälte für Spezialgebiete des Rechtswesens, sehen wir als Selbstverständlichkeit an. Vor anderthalb Stunden haben wir noch in der ersten Plenardebatte dieses Sitzungstages über mehr Professionalisierung in der Ausbildung von Pflegekräften diskutiert.

Wolfgang Kubicki, MdL
Vorsitzender

Dr. Christel Happach-Kasan, MdL
Stellvertretende Vorsitzende

Dr. Ekkehard Klug, MdL
Parlamentarischer Geschäftsführer

Christel Aschmoneit-Lücke, MdL

Joachim Behm, MdL

Dr. Heiner Garg, MdL

Günther Hildebrand, MdL

www.fdp-sh.de

Wer glaubt, für den Lehrerberuf genüge ein mehr oder weniger vereinheitlichtes Studium, das nur notdürftig mit ergänzenden Inhalten für spezielle Anforderungsbereiche angereichert sein müsse, der befindet sich auf einem Holzweg. Solche Pseudo-Reformpläne führen nur zu einer weiteren Verschlechterung der Schulbildung.

Bedenken sind ebenfalls angebracht, wenn die CDU-Landtagsfraktion die zweite Phase der Lehrerbildung schwächt.

Eine Angliederung des IPTS und damit auch der bislang in der zweiten Phase der Lehrerbildung anfallenden Aufgaben an die Hochschulen birgt die Gefahr, dass Praxisbezug in diesem Teil der Ausbildung eher verringert als gestärkt wird.

Besser wäre es, die zweite Phase der Lehrerbildung, d.h. die Referendarausbildung, wieder durch mehr haupt- als nebenamtliche Studienleiter durchführen zu lassen.

Die hauptamtlichen Studienleiter sollten nach Möglichkeit auch in gewissen Abständen auf Zeit in andere Tätigkeiten im Hochschul- und Schulbereich wechseln und damit gewissermaßen eine „Scharnierfunktion“ zwischen Wissenschaft und Schulpraxis übernehmen. Ein solcher Austausch bietet eine wesentlich bessere Voraussetzung für eine wechselseitige Befruchtung zwischen „Theorie“ und „Praxis“ als das Modell der CDU, weil Erfahrungen und Kenntnisse aus diesen Bereichen damit besser für den jeweils anderen Sektor nutzbar gemacht werden können.

Durch mehr hauptamtliche Studienleiter könnte das IPTS auch die Fortbildungsaufgaben besser als bisher wahrnehmen. Neben dem IPTS sind in der Fortbildung der Lehrer auch verstärkt andere geeignete Anbieter einzubeziehen. In dieser Hinsicht teilen wir Liberale die Vorstellungen der CDU. Das von der Union vorgeschlagene Modell der „Fortbildungsgutscheine“ für Lehrer bedarf jedoch einer eingehenden Prüfung. Zumindest dürften solche Fortbildungsgutscheine nicht, wie es die Union vor einiger Zeit einmal öffentlich gefordert hat, auf Einheitsbeträge pro Lehrkräfte ausgestellt werden. Fortbildung für Lehrer der berufsbildenden Schulen, etwa im gewerblich-technischen Bereich, z.B. in den IT-Fächern, ist nun einmal nicht zum gleichen Preis zu bekommen wie Fortbildungsangebote für Grundschullehrer. Einheitliche Kopfbeträge für Fortbildungsmaßnahmen sind daher nicht sachgerecht.“